



Isolde Charim
Knapp überm Boulevard

Den Rechtsstaat fordern, die Kategorien durcheinanderwirbeln

Letzten Samstag gingen in den USA mehr als eine Million Menschen auf die Straße. Nach dem Amoklauf an einer High School in Florida fanden Kundgebungen im ganzen Land statt. Unter dem Motto „March for our lives“ forderten sie schärfere Waffengesetze, damit so etwas „Nie wieder“ geschehe. Allein in Washington waren Hunderttausende dabei, als die High-School-Schülerin Emma Gonzalez 6 Minuten und 20 Sekunden – exakt die Dauer des Amoklaufs – die Namen der siebzehn Toten verlas und unter Tränen schwieg. In Österreich hat die rechte Regierung angekündigt, das absolute Rauchverbot in der Gastronomie zu kippen – also das Rauchen in Lokalen wieder zu genehmigen. Die Ärztekammer Wien (jetzt nicht gerade der Inbegriff einer Graswurzelbewegung) hat daraufhin unter dem Titel „Don't smoke“ ein Volksbegehren gestartet, um gegen die Aufhebung des Verbots zu protestieren. Innerhalb kürzester Zeit haben mehr als eine halbe Million Menschen unterschrieben. Es mag absurd erscheinen, diese beiden Ereignisse in einem Atemzug zu nennen. Nicht absurd ist aber, was sie verbindet.

Zum einen handelt es sich in beiden Fällen um Einsprüche gegen Rechtspopulisten, die an der Macht sind. Zum anderen aber haben diese Einsprüche eine besondere, neue Form. Dass sie aus der Zivilgesellschaft heraus formuliert werden, ist nicht das Novum daran. Das Besondere aber ist, was hier formuliert wird: Forderungen nach einem Gesetz. Die Forderung nach einer Verschärfung der laxen Waffengesetze in den USA. Und die Forderung nach der Beibehaltung einer strikten Antiraucherverordnung. Hier ergeht der Ruf nach Schutz gegen eine Politik, die diesen Schutz eben nicht gewährt. Eine Politik, die als Law-and-Order Politik angetreten ist und die die Körper, das Leben, eben nicht schützt. So müssen die Menschen diesen Schutz selbst in die Hand nehmen und Gesetze von ihren Law-and-Order-Politikern einfordern. Seitens der Zivilgesellschaft formuliert und artikuliert, bricht sich ein Ruf nach Regulierung Bahn. Ein Ruf nach staatlicher Regulierung – als Einspruch gegen die Deregulierungen der Regierung! Ein Ruf nach Gesetzen – als Einspruch gegen die Populisten.

Das ist nicht nur großartig. Das ist auch ein unerwartetes Vorgehen. Denn das wirbelt die Kategorien durcheinander. Bisher hieß Zivilgesellschaft: Hier wird der selbstständige Bürger, der eigenverantwortlich sein Leben bestimmt, in Stellung gebracht gegen eine staatliche Bevormundung. Das war die Anordnung des Liberalismus. Hier der Einzelne, dessen Freiheit gegen die Zumutungen behauptet, gegen die Zugriffe des Staates geschützt werden muss. Dieser Einzelne, der sich nur frei von Eingriffen des Staates entfalten kann. Und entgegen der Annahme, dass Rechtspopulisten und Liberalismus einfach ein Gegensatz wäre, berufen sich etwa die österreichischen Freiheitlichen auch auf die Freiheit und deren Verteidigung. Anders gesagt, es sind Rechtspopulisten, die sich als Schutzmacht der Freiheit gerieren – nicht aber als Schutzmacht der liberalen Gesellschaft.

Jetzt wird dies sowohl in den USA als auch in Österreich nun gegen sie ins Treffen geführt. Mehr noch: Hier wird der Gegensatz verkehrt! Die Leute mobilisieren sich, setzen sich in Bewegung, gehen auf die Straße. Sie versammeln sich und ihre Unterschriften, um sich für ein Verbot starkzumachen. Sie fordern selbstbestimmt staatliche Vorschriften. Sie nehmen sich die Freiheit, nach gesetzlichen Regulierungen zu rufen! Eigenverantwortung und Verbot sind da keine Gegensätze mehr. Man demonstriert nicht allgemein gegen die Regierung, sondern für konkrete Gesetze. Man stärkt den Rechtsstaat gegen die Regierung. In populistischen Zeiten muss man feststellen: Auch so kann Liberalismus ausschauen.

Isolde Charim ist freie Publizistin in Wien



Welchen Einfluss haben diese Bilder auf uns?
Fotos: reuters

Verhaltensdesign für die Gerechtigkeit

Von der Macht der Gender-Stereotype und davon, wie wir sie überwinden können: Die Verhaltensökonomin Iris Bohnet hat mit „What works“ ein faktenreiches Handbuch für alle geschrieben, die es mit der Gleichstellung im (Business-)Leben ernst meinen

Von Katharina Granzin

Hätten die Verantwortlichen der Berliner Alice-Salomon-Fachhochschule, bevor sie Eugen Gomringers hübsches (aber perspektivisch einseitiges) kleines Gedicht „avenidas“ turmhoch auf ihre Fassade pinseln ließen, Iris Bohnet gefragt, was sie davon halte, hätte sicher viel Ärger vermieden werden können. Bohnet, gebürtige Schweizerin, ist Wirtschaftspräsidentin in Harvard. Ihr Spezialgebiet ist die Verhaltensökonomie. Neben ihrer Lehrtätigkeit berät Bohnet weltweit Unternehmen in Fragen der Gleichstellung und Chancengerechtigkeit. Das betrifft Aufstiegschancen, aber nicht nur; es geht um die möglichst gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am Wirtschaftsleben.

Jetzt hat Iris Bohnet ein Buch geschrieben, dessen deutsche Ausgabe den kosmopolitisch-lapidaren Titel „What works“ trägt. Sein Untertitel, „Wie Verhaltensdesign die Gleichstellung revolutionieren kann“, kommt reichlich vollmundig daher, aber dafür sollte man wohl nicht die Autorin verantwortlich machen. Wenn sich die Gesellschaft als Ganzes nach den Einsichten und sehr pragmatischen Ratschlägen, die Bohnet hier bündelt, auch nur reformieren ließe, wäre schon viel erreicht.

„Verhaltensdesign“ ist etwas, was in *good old Europe* im besten Fall in den Kinderschuhen steckt, in den USA hingegen vielerorts sehr bewusst eingesetzt wird, um verkrustete Strukturen aufzubrechen. Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, die vorherrschenden Stereotypen gar nicht erst die Chance geben, ihre Wirkung zu entfalten. (Deshalb ist dort drüben bei Stellen-

ausschreibungen auch die anonymisierte Bewerbung ohne Foto üblich geworden.)

Als sinnfälliges Beispiel führt Bohnet eine Praxis an, die seit nunmehr vielen Jahren beim Vorspielen für Musikerstellen in amerikanischen Orchestern zur Anwendung kommt: Es findet hinter einem Vorhang statt, sodass die Auswahlkommission nicht sehen kann, welches Geschlecht und welche Hautfarbe die Spielenden haben. Seit her ist der Frauenanteil an den OrchestermusikerInnen enorm gestiegen (von 5 Prozent in den siebziger Jahren auf 35 Prozent).

Von vier Kapiteln widmet Bohnet ein ganzes der Bestandsaufnahme und der Benennung des Problems: der Schwierigkeit, unbewusste Vorurteile und Stereotype zu erkennen und zu überwinden. Allein der Raum, den dieses Kapitel einnimmt – ein Drittel des Buches – zeigt die Komplexität des Themenfeldes. Für Einzelne ist es fast unmöglich, sich gegen vorherrschende Stereotype zu behaupten; für die Gesellschaft als Ganzes ist es ein mühsamer Prozess, der deswegen durchaus der Unterstützung durch gezielte Maßnahmen bedarf.

Auch eine Quote kann dabei hilfreich sein, wie Bohnet anhand einer Studie aus Indien zeigt, wo 1993 per Verfassungszusatz festgelegt wurde, dass ein Drittel der Sitze in den Dorfräten für Frauen reserviert sein muss. Mangels weiblicher Vorbilder auf diesem Gebiet herrschte vorher die allgemeine Überzeugung vor, dass Frauen für die Ausübung politischer Ämter generell ungeeignet seien. In den Jahren nach Einführung der Quote änderte sich das radikal: Es waren neue Rollenbilder geschaffen worden.

Die reale Existenz von Frauen in politischen Ämtern bewirkte eine grundlegende Änderung der Einstellung gegenüber weiblichen Dorfräten bei Angehörigen beiderlei Geschlechts.

Wie unbewusst Rollenbilder und Stereotype wirken, haben viele Studien gezeigt, von denen Bohnet zahlreiche anführt. So schnitten 5- bis 7-jährige indische Mädchen bei Rechen-tests schlechter ab, wenn man ihnen

Algorithmen wissen besser als Menschen, wie man ein gut diversifiziertes Team zusammenstellt

vorher statt eines neutralen Landschaftsbilds ein Bild von einem Mädchen gezeigt, sie also an ihr Geschlecht erinnert hatte.

In einer amerikanischen Studie wiederum wurde weiblichen und männlichen Versuchspersonen, kurz bevor sie eine Rede halten sollten, für Sekundenbruchteile ein Bild von Hillary Clinton, Angela Merkel oder Bill Clinton gezeigt. Ergebnis: Die Frauen, die unbewusst Hillary oder Angela gesehen hatten, hielten längere und eindrucksvollere Reden als ihre Schwestern in der Bill-Kontrollgruppe. (Eine andere Studie ergab, dass es auch schon ausreichte, sich eine „starke Frau“ vorzustellen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen.) Bei den männlichen Versuchsteilnehmern hatte keines der gezeigten Bilder eine nennenswerte Auswirkung auf ihre Performance.

Angesichts dieser enormen Beeinflussung durch stereotype

(Vor-)Bilder pflegt Iris Bohnet die Unternehmen, die sie weltweit berät, darauf hinzuweisen, dass es „kontrastereotypen Assoziationen von Geschlecht und Führungsfähigkeiten nicht gerade förderlich“ sei, wenn die Wände ausschließlich mit den Porträts früherer (natürlich in der Regel sämtlich männlicher) CEOs geschmückt werden, räumt aber ein: „Auch an der [Harvard] Kennedy School hatten wir noch vor zehn Jahren nur Porträts von Männern an den Wänden.“

Es ist halt ein langer Weg. Für viele Frauen lässt er sich vielleicht abkürzen, wenn sie das Glück haben, für ein Unternehmen zu arbeiten, dessen Führungskräfte dieses Buch nicht nur gelesen haben, sondern seine Einsichten und pragmatischen Handlungsvorschläge auch ernsthaft nachvollziehen. Für alle anderen: „What works“ ist kein sozialpsychologisches Überblickswerk, sondern ein faktenreiches Managementhandbuch. Es lässt sich auch für businessferne Elemente mit großem Gewinn lesen. Für die Businesspersonen wiederum, die für die Langlektüre keine Zeit haben, gibt es am Ende jedes Abschnitts klare Handlungsanweisungen. Eine der wichtigsten: „Nutzen Sie Daten bei Personalentscheidungen.“ Algorithmen nämlich wissen besser als Menschen, wie man ein gut diversifiziertes Team zusammenstellt. Menschen dagegen tendieren auf fatale Weise dazu, immer solchen Personen den Vorzug zu geben, die ihnen selbst ähnlich sind.

Iris Bohnet: „What works“. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer. C. H. Beck, München 2017, 381 Seiten, 26,95 Euro



Ramadan in der schönsten und in der interessantesten Stadt Irans

ISFAHAN/TEHERAN

mit Thomas Hartmann und Arman Hosseinpour

Sie erleben Isfahan sowie die Metropole Teheran im Rhythmus des Ramadan: Nach dem Fastenbrechen sind Plätze, Parks und Restaurants in den warmen Nächten voller Leben. Sie brauchen keine Sorgen zu haben: Als Ausländer dürfen Sie im Hotel jederzeit essen und trinken – und die trockene Hitze ist selbst tagsüber gut erträglich.

19. bis 28. Juni; ab 2.390 € (DZ/VP/Flug)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 2 59 02-1 17
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin